

25.04.2012 / Antifa / Seite 15

Braune Partys im Vorharz

Nienhagen in Sachsen-Anhalt ist regelmäßig Veranstaltungsort für größere Neonazikonzerte. In gut vier Wochen steht das nächste an. Schlechte Chancen für ein Verbot

Susan Bonath

Im vergangenen Sommer herrschte ein Ausnahmezustand im 400-Seelenort Nienhagen im Vorharz bei Halberstadt. Neonazibands wie »Sturmtrupp« oder »Legion of St. George« - benannt nach einem zahlenmäßig bedeutungslosen »Freikorps« aus britischen Kriegsgefangenen, das ab 1943 auf deutscher Seite kämpfen sollte - grölten rechte Gesänge; 500 Polizisten schirmten sie und rund 1000 Zuhörer ab. Es war nicht das erste Konzert dieser Art im Dorf, aber eines der größten in den letzten Jahren. Und es wird wohl nicht das letzte gewesen sein: Am 26. Mai wollen die Rechten erneut in Nienhagen auftreten. Erwartet werden Skinheadbands aus Deutschland, Belgien, Italien und den USA sowie 1200 Neonazis aus ganz Europa. Proteste im Dorf gab es bisher nicht.

Der Verein »Miteinander« möchte dies ändern und suchte vor zwei Wochen das Gespräch mit Anwohnern, Politikern und Behörden. Dazu zeigte der Verein auch den Dokumentarfilm »Blut muß fließen«, in dem der Journalist Thomas Kuban mit Live-Aufnahmen belegt, was auf Skinheadkonzerten passiert. Wie etwa in Dresden und Gera, wo Texte zu hören waren wie »Keine Türken sollen mehr rumlaufen, keine Juden unser Land verkaufen« oder »Eine U-Bahn von Jerusalem nach Auschwitz«. Filmproduzent Peter Ohlendorf erklärte dazu: »Die Wirkung dieser Musik wird von Außenstehenden unterschätzt. Sie trägt entscheidend zur Radikalisierung bei.« Was im Film deutlich wird: Nicht immer greift die Polizei ein, wenn Texte mit rassistischen oder faschistischen Inhalten gesungen werden. Für Ohlendorf ein Skandal: »Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Behörden nicht wissen, was da los ist«, sagte er.

Für Nienhagens Bürgermeisterin Christina Brehmer (Die Linke) steht fest: »Das ist eine Musik- und Lebenskultur, die ich nicht tolerieren kann, weil sie menschenverachtend ist.« Allerdings fühlt sie sich von der großen Politik alleingelassen. Denn stattfinden wird das Konzert wohl. Die Veranstaltung zu verbieten, sei rechtlich schwierig, sagte David Begrich von »Miteinander« am Dienstag auf jW-Nachfrage. Das hatte zwei Wochen zuvor auch der Innenminister betont. Begrich denkt aber, mit entsprechenden Auflagen könne man rigoros vorgehen, »wenn man sie auch umsetzt«. Daran hapere es allerdings oft. Seiner Einschätzung nach müßten Polizei und Ordnungsamt genauer hinsehen, umfangreich kontrollieren und bei Verstößen gegen Auflagen, Gesetze oder den Jugendschutz sofort eingreifen. Es brauche zudem Signale aus der Öffentlichkeit, daß man so etwas nicht hinnehme. Begrich hofft darauf, daß sich in Nienhagen Initiativen entwickeln. »Es gibt bereits Überlegungen im Dorf, wie man vorgehen könnte.« Das sei nicht einfach, denn die Neonazis verfolgten eine »Legalisierungsstrategie« und versuchten, unter den Verbotsbemühungen der Behörden »durchzutauchen«. Zudem dulde der Vermieter die »privatrechtliche Veranstaltung, solange sich die Rechten an Auflagen halten«, so Begrich.

Derzeit beschäftigt sich das zuständige Ordnungsamt der Verbandsgemeinde Vorharz mit dem anstehenden braunen Event. Ein schriftlicher Antrag auf Genehmigung liege seit längerem vor, es liefen Gespräche mit dem Veranstalter, bestätigte Behördenchef Knut Buschhüter am Dienstag auf jW-Nachfrage. Das Konzert zu

unterbinden, sei kaum durchzusetzen. Bereits 2010 sei man damit gescheitert. Wie er erklärte, hatte damals das Magdeburger Verwaltungsgericht nach einer Klage des Veranstalters geurteilt, daß »Präventivverbote« nicht zulässig seien. Im vorigen Jahr habe es das Ordnungsamt mit strengen Auflagen versucht. Auch da habe das Gericht einige davon wieder aufgehoben. Das größte Problem sei, so der Behördenchef, daß die Neonazis ein Privatgrundstück nutzten. In diesem Jahr sieht Buschhüter dennoch bessere Chancen auf »zumindest drastische Einschränkungen«. Einerseits habe man sich diesmal eine Songliste vorlegen lassen und »etliche Auffälligkeiten in den Texten schon beanstandet«. Andererseits habe die Polizei bereits beim letzten Konzert mehrere Verstöße registriert, wie einen Hitlergruß und offen zur Schau getragene Tätowierungen mit Nazisymbolen. Man habe also »etwas in der Hand«. Demnächst werde das Landesverwaltungsamt nach Prüfung aller Sicherheitsrichtlinien einen Beschränkungsbescheid erlassen. Die Polizei ist instruiert, das Konzert bei Verstößen zu unterbrechen«, sagte Buschhüter.